

Die Berliner Volks-Zeitung erscheint täglich (Sonntags nur morgens, Montags nur abends). Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Morgen-Ausgabe

Anfertigungspreis für die Seite 40 Pf. Einleitungs- und Schluss-... Haupt-Expeditionen: SW. Jerusalemstr. 46/48...

Redaktion: Jerusalemstr. 46/48. Der verantwortl. erscheinende Schriftf. übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chel-Redakteur: Karl Wolfers, Berlin W. Verlag: Druck. Rudolf-Wolff, Berlin SW.

Der zehnjährige Todestag Bismarcks.

Am 30. Juli 1898 starb der erste deutsche Reichskanzler in Friedbrunn, nachdem er acht Jahre in Ruhestand zugebracht hatte. Der heutige Gedenktag wird von den Anhängern der reaktionären Parteien dazu benutzt, in der üblichen überhörschönen Weise den Fürsten Otto v. Bismarck als Nationalhelden zu feiern und seine Verdienste zu schildern...

Auch diejenigen, die wie wir, stets ehrliche und offene Gegner der Bismarckischen inneren Politik gewesen sind, gestehen zu, daß der Verdienst der ganzen Epoche der ihn umgebenden Verwaltungsbeamten und Diplomaten weit überwiegt. Anknüpfung war schon keine Wahlbahn, die den altmännlichen Kaiser bis an die Spitze der preussischen Regierung und der Reichsregierung führte und ihm den Grafen-, Fürsten- und Herzogstitel eintrachte. Aber man darf nicht vergessen, daß das Große, was sich an den Namen Bismarck knüpft, doch in erster Linie und fast ausschließlich auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten liegt, auf dem seine Politik des langen Hinkaltens und schnellen Aufschlusses überaus reiche Ergebnisse erzielte, die nach durch drei glückliche Kriegsjahre vermehrt wurden. Die Erinnerung, die Bismarck schon kurz nach seiner Ernennung zum preussischen Ministerpräsidenten im Jahre 1862 vertrat, daß große Fragen durch Blut und Eisen entschieden werden müßten, hat sich in jenen Kriegsjahren als richtig herausgestellt. Der Sieg vor den preussischen und deutschen Truppen beschleunigte und die große Menge fragt wenig danach, welche Umstände den Sieg ermöglicht haben. Würde auch nur einer der Kriege unglücklich verlaufen sein, so wäre der Mann, in dessen Verberchtung man so oft alle Grenzen überschritten hat, ein Gegenstand des Hasses und der Verachtung gewesen.

Unser wieder haben die Anhänger Bismarcks versucht, den Wunden zu erweisen, als hätte sein Auftreten in der inneren Politik ihm gleichfalls Erfolg auf Erfolg gebracht. Wenn man jedoch von den militärischen Vorzügen abliest, die er jenseit unter Zuhilfenahme von Gewaltmitteln zur Annahme brachte, so ergibt es sich bei einer ruhigen und sachlichen Prüfung der von ihm geleiteten Regierungspolitik des preussischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers kaum genug Stoff für Lob. Bereits auf den Landtagen von 1847 bis 1849 wie im Reichstag (1850) hatte sich Bismarck als ein einziger Förderer der Reaktion betannt, und seinen allgemeinen Programm ist er treu geblieben bis an sein Lebensende. Wie er in den preussischen Verfassungskämpfen seinen Namen gemacht hat, existiert er auch heute in Preußen und im Reich manche schwarze Niederlage. Wir erinnern nur an sein fieses Wort: "Ich kam hierher, um zu bleiben, und ich bleibe hier." Das war die Kulturkampfs als unwirksam erwies, an seine Bekämpfung der geheimen Abstammung bei der Beratung über die Einführung des Reichsgesetzgebungsgesetzes, an den Kränze-Brosch, an die verhängnisvolle Verlesung, die er einleitete, an die Ablehnung des Tabakmonopols und des Branntweinmonopols, für die sich der Fürst in weitem Maße engagiert hatte, an die Kolonialpolitik, in die er den Imperialismus und Militarismus hineinbrachte, an das Sozialistengesetz, das schließlich gegen seine Widerprüfung aufgehoben wurde, an die Verhängnisvolle Verlesung, die er einleitete, an die Verleumdung Kaiser Friedrichs verurteilt hat, an die verheerliche Wirtschaftspolitik, die gerade die unheimlichsten Bevölkerungszunahmen am schwersten mit indirekten Abgaben belastete.

Das Märchen, daß Bismarck bei der Schöpfung der sozialen Gesetzgebung, hat sich nicht lange erhalten. Man weiß, daß er sich in bester Weise gegen Arbeiterkämpfe gewandt und sich gegen die Arbeiterbewegung wandte, die schließlich am 4. Februar 1890 zu unterzeichnen, die einen wichtigen Fortschritt in der Arbeitergesetzgebung darstellte. Diese Tatsache ist es auch gewesen, die einen Monat später die Entlassung Bismarcks herbeiführte, wenn auch kein letzter Anlaß zu dieser Maßnahme eine unbedeutende Kompetenzstreitigkeit über die Rechte der Einzelminister hat.

Wir wollen hier die unerschlichen Ereignisse übergehen, die sich an das Ausscheiden des Fürsten aus seinem Amte schlossen und ihn in eine Oppositionsstellung gegenüber der Regierung brachten, ihn, der die Opposition mit allen Mitteln unterdrückte. Der einst so mächtige Reichskanzler hat es in seiner Zeit als seine bittere Erfahrung begründet, daß damals so viele seiner Freunde sich von ihm abwandten und er in den Kreisen gelächelt wurde, die nach seinem Tode wieder die alten Lobesphären auf ihn anstimmten.

In einer Beziehung unterschied sich Bismarck auf das vortheilhafteste von zahlreichen Staatsmännern, namentlich auch von den Deutschen, die jetzt am Tode des Staates stehen. Sein ganzes Leben vertritt eine Fülle von Energie, Energie, Nachgiebigkeit, schwächliche Zaudern, Kompromiß und Zickzack waren ihm verhaßt. Er stritt mit offenen Waffen und suchte seine rückschrittlichen Anschauungen nie zu verbergen. Deshalb fand ihm auch die freiwillig gekündete Opposition nicht gegenüber ihm einem Fechter, der nicht den Stich pariert, sondern seine auszunehmende beizieht. Die großen Vorzüge des Fürsten wurden jedoch gemindert durch große Fehler; aber auch, wie ihn im Leben bestimmte, wird sich jetzt dessen erinnern, daß der Verdienst eine geringe Skulptur war, wie man sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Reiches und des Staates vergeblich suchen würde.

Während am 30. Juli der Kaiser empfing heute den Reichsfürsten von Coburg, wurde dem Vortage des Stellvertreters des Reichsfürsten von Coburg, Regierungsvizepräsidenten v. Ballentin, unter anderem nachmittags eine Inschrift im Automobil nach dem Bangee Berg und machte dort einen Spaziergang.

Wer war es?

Der Fall Schöning

entwickelt sich immer rätselhafter. Die Meldung der „Frankf. Ztg.“, daß der Minister des Innern v. Mollke dem Bürgermeister Dr. Schöning wegen der Annahme einer freierinnigen Kandidatur während der letzten Landtagswahlkampagne sein Verweiden habe ausdrücken lassen, wird demselben hiesigen Blatte, das in anstehendem offiziellem Auftrag dem Minister gegen die Anklage, die Einleitung des Disziplinerverfahrens veranlaßt zu haben, in Schutz nimmt, an „berühmter amtlicher Stelle“ als falsch bezeichnet. Ebenso unzutreffend sei es, daß der „Frankf. Ztg.“ in einem von Herrn Dr. Schöning eingereichten Antrage in dieser Angelegenheit verurteilt habe. Der Bezirkskommandeur hat allerdings eine Unterredung mit Herrn Dr. Schöning gehabt; doch handelte es sich hierbei um eine Ehrenfache, und zwar um eine von Schöning ausgegangene Forderung. Das selbe will und nicht glaubhaft erscheinen. Die Verhandlung gegen Dr. Schöning sei von dem zuständigen Reichspräsidenten eingeleitet worden; es erweise sich nicht, daß der Reichspräsident die Angelegenheit dabei zur Verdischung der Lage beigetragen habe.

Interessante Illustrationen zu diesen Mitteilungen enthält eine Zeitschrift, die dem „Berl. Tagbl.“ aus Husum zugeht. Darin heißt es:

Dem Bürgermeister von Husum, Dr. Robert Schöning, gehen nicht nur aus den Briefen der Husumer Bürgerwehr zahlreiche Symptomatische zu, sondern auch Männer, die bisher nicht nötig die Anklagen Schöning vertrat, sondern ihm von aller Welt her Bekundungen ihrer Sympathie und Hochachtung. Herr Dr. Schöning erhält auch zahlreiche Briefe von freierinnigen Parlamentariern, die mit ihrem ganzen Einflusse für den geschiedenen Bürgermeister eingetreten sind. So hat der Abgeordnete Dr. Winter geschrieben, die freierinnige Volkspartei werde geschlossen hinter Schöning stehen.

Soll wichtiger noch als alle parteipolitische Umgebung ist jedoch das Angebot eines berühmten Staatsrechtlers (sicher vor nicht, des Professors v. Baar in Göttingen), der in einem Schreiben den wichtigsten Wert der Schöning'schen Schriften bezeichnet. Damit tritt ein Mann auf den Plan, gegen den selbst preussische Kandidaten nicht ankommen dürften. Die bunte Behauptung, Dr. Schöning sei Sozialdemokrat, wird dann wohl verwinden. Dr. Schöning gehört der freierinnigen Volkspartei an, obwohl er den Spracherparagraphe im Reichsgesetz auf das wichtigste befaßt hat. Und zwar aus guten Gründen. Er nennt als Reichspräsidenten die ganze politische Handlung in Preußen, und wenn er in Wort und Schrift gegen den unheilvollen § 11 zu Felde zog, so argnt das nur für seine ehrliche Einstellung und seinen Mannesmut.

Was Schöning um berühmten Manne gemacht hat? Ein Landrat. Man hat das verneint mit aller Bestimmtheit annehmen. Es ist nun der Husumer Landrat oder dessen Kollege in Lunden, beide dahingest. Sicher ist, daß Herr Baar, der schon seit 1889 im Schloß von Husum sitzt und von dort aus die Geschäfte des Amtes lenkt, dem jetzigen Bürgermeister bereits schwere Stunden bereitet hat. Das nimmt nun zwar nicht wunder, wenn man weiß, daß der Landrat als ein Spitz- oder Schwitzgenosse des Reichers ziemlich fest in Sattel sitzt, und daß der Bürgermeister ein angestrichelter, modern denkender Mensch ist. Wie unerquicklich das Verhältnis zwischen Landrat und Stadtverwaltung in Husum ist, dürfte der Umstand beweisen, daß bereits seit längerer Zeit eine Verleumdungskampagne zwischen den beiden Parteien führt. Neben in der Stadt, Weidinger der Herr Landrat. Die Husumer Bürger hätten nicht das mindeste dagegen einzuwenden, wenn Herr Baar, obwohl er 19 Jahre im Amte sitzt — ein anderer Wirkungskreis angewiesen würde. Das beweist nun mindeten die Eingabe des Stabsverordnetenkollegiums an den Oberpräsidenten. Das beweist aber noch deutlicher das Verhalten hochangesehener Bürger, die sonst mit dem „nur“ national-liberalen Landrat in Reich und Glied stehen. Die Erbitterung über das Vorgehen der Regierung ist so allgemein, daß beispielsweise Justizrat Storm, der Sohn des Dichters Theodor Storm, der einen national-liberalen-rechtskonservativen Standpunkt einnimmt, in jeder Weise für Schöning eintritt.

Oder ist es Herr Landrat Ragg, der Sohn des verstorbenen Oberbürgermeisters, der der Regierung diese Spitze eingeschickt hat? Der Wahlstand, der bei der letzten Landtagswahl in Lunden stattfand, war interessant; nicht denkbar, denn Wahlbestimmungen kamen hier wie überall in Preußen vor. Aber, wie gesagt, interessant. Herr Dr. Schöning brachte es fertig, die Zahl der freierinnigen Wahlmänner von 21 auf 44 zu erhöhen. Und wodurch? Durch seine Schriften. Obgleich, wo man der Kandidatur Schöning ablehnen gegenüberstand, wurden von den freierinnigen Wahlmännern Bruchstücke aus den Aufsätzen vorgelesen. Mit welchem Erfolg, beweisen die obigen Zahlen.

Heber die beiden Kandidaten wird noch manches zu sagen sein. Heber den Herrn Baar, wenn das Verhalten gegen Schöning seinen Fortgang nimmt und die launische Tätigkeit des Herrn Baar mehr und mehr gerät; über Herrn Ragg, wenn der Wahlkampf um das erledigte Mandat im Reichs-Lunden von neuem entbrannt.

Der „Fall Schöning“ hätte bereits erledigt sein können. Das bis nicht geschehen ist, davon ist der „Staatsrechtler“ selber schuld. Hätte er, als er vor wenigen Tagen in dem Regierungsgedäude in Schleswig war, den Gang zum Oberpräsidenten genommen, um ihn in die Sache vorsprechen, dann wäre er in Stunden wieder aufgenommen worden. Es hat diesen Rangoffgang nicht gemacht. Wir danken es ihm.

Was gut unterrichtet Seite wird noch mitgeteilt: Die Regierung hat das Verfahren aufseiner zu rechtsfertigen durch die Differenzen des Bürgermeisters mit der lokalen Stadtverwaltung. Die nun vorliegend vorliegende Anklage spricht aber nur von der Einstellung und den Anschauungen der Schrift.

Rechtlichen Arbeiten, die mit der Stellung eines Bürgermeisters und mittleren Beamten unvereinbar sind. Der Nationalverein hat eine Aktion für Schöning in die Wege geleitet.

Jetzt findet sogar die „Kreuztg.“ Worte ernster Mißbilligung über das Vorgehen der beteiligten Regierungsorgane. Das führende Organ der Konservationen bemerkt zu dem von ihm bezweifelten Nachrich, daß die Aktion auf den Minister v. Mollke zurückzuführen sei:

Politik der Regierung nicht entsprechen. Würde gilt nach einer Erklärung des Fürsten Wilhelms das Vorkommnisse nur für den Reichstag, und wie wären die letzten, die für Konservationen an die Reichspolitik in Preußen eintreten würden. Aber es geht doch nicht an, im Reiche die freierinnige Volkspartei als Regierungspartei anzuerkennen und in Preußen den Beamten das Einreden der diese Partei zu unterliegen. Die Konservationen sind nicht die Partei und Führer des Reichs, das ist vielmehr die Regierung des Fürsten Wilhelms, und vom Standpunkte dieser Regierung aus haben wir es für unannehmlich, wenn die Konservationen die Regierung wegen ihres Landtagsmandatursollen Eigenmächtigkeiten verurteilt werden ließen.

Sichtlich werden diese falschen Worte, welche dem Minister v. Mollke aus dem Reichstag stammten, Hand zu Hand abgeben, daß bei der Schicksalsfrage der Regierung demnach wohl ein größerer Wohlwandel erfolgen wird.

Im ein Standbild.

Wir haben bereits im letzten Monatsheft mitgeteilt, daß der Kaiser, der seit gestern in Göttingen ist, die Teilnahme an der dort heute stattfindenden Enthüllungsfest des Kaisers Friedrich-Denkmals abgelehnt hat, weil das Denkmal nicht als Reiterstandbild gedacht ist. Eine weitere Meldung aus Göttingen besagt, daß der Bürgermeister von Göttingen, Dr. Götting, gestern mittag eine Audienz beim Kaiser an dem Reichspräsidenten nachsuchte, um den Kaiser nochmals zur Teilnahme an der Denkmalfeier einzuladen. Er wurde jedoch nicht vorgelassen. Es wurde ihm vielmehr vom Hofmarschall mitgeteilt, daß der Kaiser eine Teilnahme an der Feierlichkeit ablehne.

Der Schatz im Juliussturm.

Man hört vielfach die Ansicht äußern, daß der Kriegsschatz von 120 Millionen Mark im Juliussturm nicht wohl zu bergen sei, sondern daß im Verfall 120 Millionen Mark Reichsschatzschätze umzuliegen und im Juliussturm liegenden Münzen ergeben. Die Ansicht ist nicht zutreffend. Der Reichskriegsschatz in Höhe von 120 Millionen Mark ist im Jahre 1871 gebildet worden. Diese 120 Millionen ruhen seitdem völlig zinslos in Zahlung und Zwangsangelegenheiten im Juliussturm in Spanien. Das Geld über die Ausgabe der Reichsschatzschätze kammt aus dem April 1874. Es ermachte den Reichskanzler, Reichsschatzschätze zum Gesamtbetrag von 120 Millionen Mark in Abzinsungen zu 5, 20 und 50 Mark auszugeben zu lassen und unter die Bundesstaaten nach dem Maßstabe ihrer durch die Zahlung von 1. Dezember 1871 festgestellten Bevölkerung zu verteilen. Die Reichsschatzschätze, die Reichsschatzschätze erliegen nicht die aber im Juliussturm liegenden Münzen, sondern lösen nach Errichtung des Reichs das Kapitalgeld der einzelnen deutschen Bundesstaaten ab durch Reichspapiergeld. Zwischen den 120 Millionen Mark im Juliussturm und den durch das Gesetz von 1874 ausgegebenen 120 Millionen Mark in Reichsschatzschätzen besteht also kein Zusammenhang.

Ziel betrußt

ist die Reichsliste „Germania“, weil die Gallenker katholischen Studentenverbindungen die Gallenker Gallenker Ultramontanismus losgelegt haben. Am von der übrigen Studentenliste als gleichberechtigt anerkannt zu werden, haben sie nämlich einen Revers folgenden Wortlaut unterschrieben:

- 1. Die katholischen Verbindungen sind frei von jedem Ultramontanen, parteipolitischen Bestreben und sie vertreten einseitige parteipolitische Interessen, wo und wie sie immer vorkommen. 2. Zum Ausdruck dessen verzichten die katholischen Verbindungen darauf, sich als solche an den Katholikentagen zu beteiligen; denn diese Tagungen, auf denen religiöse und politische Tendenzen beschmolzen werden, sind lediglich eine Verfeinerung des ultramontanen Gedankens. 3. Die katholischen Verbindungen verzichten auf das scharfe das scharfe kritische Urtheil über die freie wissenschaftliche Forschung und in die Lehr- und Lernfreiheit.

Wir begreifen den Schmerz der „Germania“ über die unbedulken Wahrheiten, die hier dem Zentrum gesagt werden.

Herr v. Rehner bleibt.

Der bayerische Kultusminister Dr. v. Rehner läßt durch die ultramontane Presse offiziell erklären, daß er an seinem Rücktritt denke und auch an keinerlei Aufgeben seiner Stellungnahme im Reichspräsidentenamt. — Der Entschluß ist nicht so heftig, wie er aussieht. Mit dem Zentrum als Minderheitspartei kann man es in Bayern — und anderswo auch — schon aushalten.

Der Verband Deutscher Bureaubeamten

Der Verband hält vom 1. bis 4. August dieses Jahres in Berlin (Sophienstraße, Sophienstraße 15) einen Verbandstag 1908 ab. Die Tagesordnung enthält ein äußerst reichhaltiges Programm. Der Verband, der schon über zwanzig Jahre besteht und die älteste und reichhaltigste unter den deutschen





